

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Bezirke entlasten – Bildungsinfrastruktur nachhaltig sichern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, die neben den bezirklichen und sonstigen Investitionen bestehenden Landesprogramme zur Schul- und Sportanlagen- sowie Schlaglochanierung als Landessonderprogramme der Veranschlagungs- und Abwicklungsart und der Höhe nach zu verstetigen und fortzuschreiben.

Dazu sind die Plafondrundschriften vom 21. März 2013 sowie die Globalsummenzuweisungs- und Aufstellungsroundschreiben vom 18. April 2013 der Höhe nach und auch hinsichtlich der Veranschlagungsleitlinien zu ändern.

Den Bezirken wird zusätzlich bis zu einer abschließenden politischen Entscheidung des Abgeordnetenhauses über die Höhe des Bezirksplafonds im Übrigen gestattet, bis zu einem Status quo-Gesamtbetrag der laufenden „50-Milionen-Euro“ Regelung (Punkt 2.3.2. des Plafondrundschriftens von 21. März 2013) auch insoweit die 1%-Pauschal-Regelung kumulativ übersteigende Pauschalen einzustellen.

Ferner wird der Senat von Berlin aufgefordert, anstelle des zum 31. Dezember 2013 auslaufenden „1-Euro“ Kitaprogramms ein weiteres Landessonderprogramm mit einem Volumen i.H.v. 10 Millionen Euro p.a. zu konzipieren und aufzulegen, das die sonstigen Investitions- und Bauunterhaltungsmittel kumuliert.

Übertragungen von Kitas sollen weiterhin – im Ausnahmefall – grundsätzlich im Wege von Erbbaurechtsverträgen möglich sein, wozu der Senat dem Abgeordnetenhaus (Hauptausschuss) einen Kriterien- und Abwicklungsvorschlag unterbreitet.

Berlin, 22. Mai 2013

Saleh Schneider
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Goiny
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU